Die Vorsitzende nutzte an dieser Stelle die Gelegenheit, die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände zu begrüßen. Hiernach übergab sie Frau Lübbert das Wort.

Diese verwies eingangs auf die ausgehändigte Tischvorlage, die ausführlich über den „Stärkungspakt NRW“ informiere und den Ausschussmitgliedern bereits gestern in digitaler Form zugesandt worden sei. In diesem Zuge merkte sie an, der Verwaltung sei daran gelegen, das Thema fortlaufend in die Sitzungen einzubringen, um über die neusten Entwicklungen in der Sache zu berichten.

Im Folgenden gab sie eine kurze Einführung in das Thema „Stärkungspakt NRW – gemeinsam gegen Armut“. Hierbei handle es sich um eine mit der Energiekrise zusammenhängende Fördermaßnahme des Landes Nordrhein-Westfalen, durch die die soziale Infrastruktur gestärkt werden solle. In den Medien sei das Hilfspaket als unbürokratisches Angebot deklariert worden, wobei sich allein die Vorarbeiten bereits äußerst aufwendig gestalteteten und noch nicht abgeschlossen seien. Frau Lübbert schilderte, die diesbezüglichen Richtlinien, in denen die Fördermodalitäten (z.B. Zuwendungsempfangende, Verwendungsnachweis etc.) geregelt seien, würden lediglich einen groben Rahmen festlegen und gleichzeitig zahlreiche Fragen aufwerfen, die noch mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) geklärt werden müssten. Feststehe, dass die dort enthaltenen Fristen zeitlich eng getaktet seien und Zuwendungsempfangenden eine Verzinsung drohe, wenn nicht verausgabte Mittel nicht fristgerecht zurückgezahlt werden. Ferner seien in den Unterlagen beispielhaft Einrichtungen der sozialen Infrastruktur (z.B. Schuldnerberatungsstellen, Tafeln, Sozialkaufhäuser etc.) benannt, die angesichts des Ausschlusskriteriums der Doppelförderung mit Vorsicht zu genießen seien. Hierzu zählen bspw. die Tafeln, die durch ein eigenes Bundesprogramm gefördert werden. Frau Lübbert wies ferner darauf hin, dass eine Übernahme von Personalausgaben ausgeschlossen sei, wohingegen Honorarausgaben für zusätzliches Personal förderfähig seien.

Neben der Bezuschussung von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur seien zudem Einzelfallhilfen zur Vermeidung besonderer Härten möglich, soweit keine vorrangigen Leistungsansprüche vorliegen. Da aus den Richtlinien und den dazugehörigen FAQs nicht eindeutig hervorgehe, ob Leistungsbeziehende nach dem SGB II oder SGB XII durch diese Regelung per se ausgeschlossen seien, habe die Verwaltung zur Klärung Kontakt mit dem MAGS aufgenommen.

Als Nächstes berichtete Frau Lübbert über das geplante weitere Vorgehen. Aufgrund der unklaren Sachlage habe sich das Kreissozialamt dazu entschlossen, die Hauptakteure frühzeitig in den Prozess einzubinden. In der Folge habe am 17.02.2023 ein

Treffen mit den Wohlfahrtsverbänden, dem Kath. Verein für soziale Dienste im Rhein-Sieg-Kreis e.V. (SKM) und dem Sozialdienst kath. Frauen e.V. (SkF) stattgefunden, um sich allgemein über die Möglichkeiten des Förderprogramms auszutauschen, ein gemeinsames Verständnis aufzubauen und das weitere Vorgehen zu besprechen. Zurzeit laufe eine Bedarfsabfrage in den Verbänden bzw. Vereinen. Hiervon erhoffen sich die Beteiligten neben förderfähigen Positionen eine etwaige finanzielle Größenordnung in Erfahrung zu bringen. Das aktuelle Stimmungsbild lasse erkennen, dass sowohl die Wohlfahrtsverbände als auch die Kommunen besorgt seien, die Fördermittel angesichts des bestehenden Zeitdrucks und der noch ungeklärten Sachlage nicht rechtzeitig bzw. vollumfänglich ausschöpfen zu können. Um dies und mögliche Rückzahlungen aufgrund von Doppelförderungen zu verhindern, stehe die Kreisverwaltung auch in engem Austausch mit den kreisangehörigen Kommunen.

Unter Verweis auf die Vorlage informierte Frau Lübbert darüber, dass der Stärkungspakt in Gestalt des sog. „Drei-Säulen-Modells“ umgesetzt werden könnte. Näheres könne in der Vorlage nachgelesen werden.

Abschließend hielt sie fest, dass dem Rhein-Sieg-Kreis sowie den kreisangehörigen Kommunen mit den bereitgestellten Mitteln in Höhe von insgesamt rund 3,3 Mio. Euro grundsätzlich gut geholfen wäre, sich die Umsetzung des Ganzen hingegen schwierig gestalte und hoher Abstimmungsbedarf bestehe. Die Verwaltung werde über den Fortgang der Angelegenheit in den nächsten Ausschusssitzungen berichten.

Nachdem die Vorsitzende der Verwaltung ihren Dank für die bisherigen Bemühungen in der Sache aussprach, übergab sie SkE Ehmman das Wort. Dieser äußerte, dass die Wohlfahrtsverbände dankbar seien, so früh in den Prozess eingebunden worden zu sein. Aus der Praxis berichtete er, dass bspw. im Bereich der „Allgemeinen Sozialberatung“ ein deutlich erhöhtes Beratungsaufkommen zu verzeichnen sei, was in Zusammenhang mit der Energiekrise stehe. Eine Personalkostenförderung wäre hier sicherlich zielführender gewesen. Vor diesem Hintergrund appellierte er an die Verwaltung, nochmals Kontakt zur Landesregierung aufzunehmen und auf eine Überarbeitung der Richtlinien hinzuwirken, um eine zielführende, praktikablere Umsetzung herbeizuführen.

Als Nächstes dankte KTM Mazur-Flöer Frau Lübbert für die informativen Ausführungen. Es sei schade, dass auf Landesebene keine klaren Rahmenbedingungen geschaffen worden seien und das Hilfspaket daher mit unnötigen Schwierigkeiten verbunden sei. Zudem laufe die Verwaltung Gefahr, den schwarzen Peter zugeschoben zu bekommen, wenn die Mittel aus den bekannten Gründen nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden könnten. Deshalb werde sie das Thema auch in der politischen Arbeit in Königswinter einbringen, in der Hoffnung damit etwas zu bewirken.